



SPD-INFO

Informationsblatt der SPD Ulrichstein
Sozialdemokratische Arbeit in der Großgemeinde

Inhalt

- **Aktuelles aus der Fraktionsarbeit** *Seite 2*
- **Stichwort: Die neue EKVO** *Seite 2*
- **SPD-Fraktion im Gespräch mit dem Ortbeirat** *Seite 2*
- **Ein Satz Einsatz** *Seite 3*
Eine Karte für mehr Mitsprache
- **Kommunal ist nicht egal** *Seite 4*
- **Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche** *Seite 4*
- **Gerechte Politik für die Menschen auf dem Land** *Seite 5*
SPD fordert „Neuen Hessenplan“
- **Wenn schon Volkszählung, dann NICHT zu Lasten der Kommunen** *Seite 6*
- **Handlungsbedarf beim verkürzten gymnasialen Bildungsgang** *Seite 6*
- **Bundesregierung belastet Schwache um Vermögende und Spekulanten zu schonen** *Seite 7*
- **Kopfpauschale durch die Hintertür** *Seite 8*

Vorwort

Liebe Ulrichsteiner Bürgerinnen und Bürger,

bewegende und aufregende Wochen liegen hinter uns. Nicht nur politisch, z.B. mit der Bundespräsidentenwahl, sondern auch die Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika hat viele von uns in ihren Bann gezogen.



Für viele von uns gilt es nun, die Sommermonate und somit die Ferien- und Urlaubszeit zu nutzen und einmal -gerade vom Berufsalltag abzuschalten und den Akku wieder aufzuladen.

Mit unserem Informationsblatt möchte der SPD Ortsverein Ulrichstein Sie erneut über seine Arbeit und die Arbeit der SPD-Stadtverordnetenfraktion informieren. Zudem stellen wir auch wieder Informationen zu weiteren interessanten Themen bereit. Unser Informationsblatt ist eine interessante Lektüre, gerade für die „Saure-Gurken-Zeit“ in der Presse. Zudem bieten wir Ihnen, sich über unsere Postkartenaktion „Ein Satz Einsatz“ an der (politischen) Gestaltung unserer Großgemeinde zu beteiligen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und eine schöne Sommer- und Urlaubszeit.

Mit freundlichen Grüßen

Heiko Müller
Ortsvereinsvorsitzender

**ein Satz
Einsatz**
für Ulrichstein

SPD

Aktuelles aus der Fraktionsarbeit

Grundschulstandort doch für die nächsten Jahre gesichert.

In der Alsfelder Allgemeinen Zeitung vom 23.04.2010 wurde die Aussage des Kreis-schuldezernenten wiedergegeben, dass die Grundschule in Ulrichstein aufgrund ihrer Schülerzahlen in den nächsten fünf Jahren in ihrem Bestand gefährdet sei.

Für die SPD-Fraktion war dies Anlass hier nachzuhaken und erst einmal in Erfahrung zu bringen, wie sich denn die Schülerzahlen in den nächsten Jahren entwickeln. Hierzu wurde für die Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Anfrage eingebracht mit der der Magistrat und die Verwaltung gebeten wurden, die Anzahl der (nach heutigem Stand) einzuschulenden Kinder für die nächsten fünf Schuljahre mitzuteilen.

Für die Bildung einer Grundschulklasse ist eine Schüler-mindestzahl von 13 Voraussetzungen. Nach Auskunft des Magistrates wird diese Zahl in

den nächsten 5 Schuljahren erreicht. Hierzu wurden die Schülerzahlen mit dem Schulverwaltungsamt abgeglichen. Nach heutigem Stand werden in den Schuljahren 2011/2012, 2013/2014 und 2014/2015 sogar fast die Schülerhöchstzahl von 25 erreicht.

Abwassergebühr sinkt um einen Euro ab dem 01.01.2011

Die Stadtverordnetenversammlung hatte am 24. November 2006 beschlossen, dass ab dem 01. Januar 2007 eine zeitlich befristete Abwassergebühr in Höhe von 1,00 Euro pro m³ Frischwasserverbrauch zur Finanzierung der Beseitigung von Schäden am bestehenden Kanalnetz nach der Eigenkontrollverordnung (EKVO) erhoben wird.

Da nach derzeitigem Kenntnisstand die Behebung der Schadensklassen 0 und I bis Ende des Jahres 2010 abgearbeitet werden können, ist aus unserer Sicht eine weitere Erhebung dieser sätzlichen“ Gebühr

nicht mehr notwendig.

Daher hatte die SPD-Fraktion einen Antrag für die Stadtverordnetenversammlung am 02. Juli 2010 eingebracht, mit dem beschlossen werden sollte, dass die zeitlich befristete Anhebung der Abwassergebühr um den Betrag in Höhe von 1,00 Euro pro m³ Frischwasserverbrauch zum 01.01.2011 zurückgenommen wird.

Dieser Antrag wurde einstimmig (bei einer Enthaltung) angenommen. Damit die Gebührenabsenkung auch wirksam wird, ist noch die entsprechende Satzung zu ändern. Der Magistrat wurde daher beauftragt eine entsprechende Änderung der Entwässerungssatzung vorzubereiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung im Herbst vorzulegen.

Stichwort: Die neue EKVO

Durch die Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO) kommt es zu weiteren Veränderungen. Geplant ist, dass künftig auch Privatleute Nachweise über die Dichtigkeit ihrer Abwasserkanäle und -rohre liefern müssen. Bis wann etwa die Überprüfung der Kanalhausanschlüsse erfolgen muss, ist aber noch unklar.

Zunächst war das Jahr 2015, dann das Jahr 2020 im Gespräch. Klar ist aber, dass die neue Verordnung kommt und somit auch ein Thema in Ulrichstein wird. Zwar ist diese neue Verordnung noch nicht in Kraft getreten, aber das Hessische Umweltministerium arbeitet daran. Grundlage dafür ist das EU-Recht.

Achtung vor Haustürgeschäften!

Zunächst sollte aber abgewartet werden. Schon heute sind findige Unternehmen unterwegs, die die Anschlüsse untersuchen und möglichst auch reparieren wollen. Wir raten daher allen Hauseigentümern, jetzt erst einmal nichts zu überstürzen und sich nicht auf Haustürgeschäfte mit unbekanntenen Unternehmen einzulassen, die eine vermeintlich günstige Kanalprüfung anbieten.

Besser ist es abzuwarten, bis die Stadtverwaltung über die Verpflichtung zur Untersuchung der Abwasseranlagen informiert.

SPD-Fraktion im Gespräch mit Ortsbeirat



Kürzlich war die SPD-Fraktion in Bobenhausen mit dem Ortsbeirat zusammengekommen. Gemeinsam unternahm man nach einem Gedankenaustausch noch einen kleinen Dorfrundgang, bei dem man u.a. die durchgeführten Straßenbaumaßnahmen in der Hans-Jakob-Bücking-Straße und der Straße Am Mühlrain besichtigte.

Eine Karte für mehr Mitsprache

Liebe Ulrichsteiner Bürgerinnen und Bürger,
liebe Leserin, lieber Leser,

mit der heutigen Ausgabe unserer „SPD-Info“ erhalten Sie eine Postkarte mit der Sie einmal loswerden können, was Sie in Ihrem Ortsteil oder in der Großgemeinde bewegt.

Was würden Sie gerne ändern, wenn es möglich wäre oder wovüber möchten Sie einmal öffentlich diskutieren?

Mit der Karte haben Sie die Möglichkeit, ganz unkompliziert Fragen, Anregungen und Kritik zu äußern.

rücksenden oder bei einem der untenstehenden Personen abgeben oder auch das Onlineformular unter www.spd-ulrichstein.de nutzen.

In welchem Themenbereich fühlen Sie sich vor Ort in der Öffentlichkeit nicht ausreichend vertreten?

Wie denken Sie über das, was die Ulrichsteiner Politik für unsere Großgemeinde entscheidet?

Oder sind es ganz fache Dinge, wie z.B. das von Jahr zu Jahr größer werdende Schlagloch in ihrer Straße.

**ein Satz
Einsatz**
für Ulrichstein

Egal ob mit Absender oder ohne, jede Anregung wird ernst genommen und in den entsprechenden Gremien vorgetragen.

So können wir vielleicht alle gemeinsam etwas für unsere Großgemeinde Ulrichstein tun, gemeinsame Ideen entwickeln und verwirklichen.

Einfach aufschreiben und **bis zum 20. August 2010** an uns zu-

Die Karte können Sie abgeben bei folgenden Personen. Hier erhalten Sie auch weitere Karten.

Bobenhäusen	Rainer Burger , Hoherodskopfstraße 52 Walter Frank , Am Mühlrain 2 Werner Funk , Am Mühlrain 14
Feldkrücken	Gerhard Stehr , Streitbachweg 1
Helpershain	Ernst König , Vogelsbergstraße 29 Erwin Wenzel , Vogelsbergstraße 49
Kölzenhain	Hartmut Habicht , Bobenhäuser Straße 4
Ober-Seibertenrod	Erwin Momberger , Im Wirtshof 8
Rebgeshain	Gerhard Georg , Schottener Straße 29
Ulrichstein	Manfred Feineis , Brauwiesenstraße 3 Jörg Hermann , Ohmstraße 29 Manfred Hofmann , Herrngartenstraße 3 Torsten Jost , Neuer Weg 7 Heiko Müller , Marktstraße 8 Wolfgang Repp , Ludwigstraße 25
Unter-Seibertenrod	Thomas Pohl , Bachstraße 14
Wohnfeld	Ernst-Ludwig Roth , Im Pusch 1

Wie geht es weiter?

Alle Postkarten und Einträge im Onlineformular, die **bis zum 20. August 2010** abgegeben werden, werden im Ortsvereinsvorstand beraten und es wird entschieden, wie jede einzelne Rückmeldung weiter behandelt wird.

Zudem werden die Rückmeldungen aufgearbeitet und bei unserem „3. Politischen Stammtisch“ am 14. September vorgestellt. In diesem Rahmen können die Anregungen auch weiter diskutiert werden. Bei dieser Präsentation werden evtl. Personenangaben auf der Postkarte oder im Onlineformular nicht veröffentlicht!

Kommunal ist nicht egal! „Ulrichstein gestalten. Mit uns. Jetzt! „

Unsere Großgemeinde ist wie eine große Wohnung und die Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat richten sie ein. Genauso wie Sie Ihre eigene Wohnung selbst planen und gestalten, kümmert sich die Stadt um Zimmer für Zimmer:

Im Flur verbinden Straßen die einzelnen Räume. Einerseits muss das Kinderzimmer für die Kinderbetreuung ausgebaut werden und für die Hausaufgaben muss ein Schreibtisch her. Andererseits wird im Badezimmer über eine Wasserrutsche diskutiert. Nebenbei wird sich im Bad auch um die Wasser- und Abwasserversorgung gekümmert. Sollte mal in der Küche das Fett in der Pfanne brennen, muss es in der Nähe eine Feuerwehrgasse geben. Das Wohnzimmer ist der ideale Ort für Kunst und Kultur und im Schlafzimmer hängt der Medizinschrank. Telefon und eine schnelle Internetverbindung sind genauso ein Muss wie die Unterstützung des Ehrenamtes.

Jede dieser Entscheidungen ist wichtig und Sie haben im März

2011 die Chance, unser Ulrichstein mit einzurichten!

Kommunal ist also nicht egal!

Alle interessierten Bürgerinnen und Bürgern haben also die Möglichkeit, sich für unsere Großgemeinde kommunalpolitisch zu engagieren. „Wir wollen zeigen, dass man sein Lebensumfeld aktiv mitgestalten kann und die SPD eine gute Adresse ist, wenn man in und für unsere Großgemeinde etwas erreichen möchte!“

Das Einzige was man tun muss ist, sich bei der SPD Ulrichstein zu melden. Dazu genügt ein Anruf beim Ortsvereinsvorsitzenden Heiko Müller (Tel.: 780393), beim Fraktionsvorsitzenden Ernst-Ludwig Roth (Tel.: 8190) oder auch einfach bei dem derzeitigen Stadtverordneten der SPD aus dem jeweiligen Stadtteil.

Schon jetzt arbeiten Nicht-Mitglieder in der Fraktion bei uns mit. Es gibt viele Bürgerinnen und Bürger in Ulrichstein, die zu

bestimmten Themen großen Sachverstand besitzen. An diese geht dieser Aufruf, sich einzubringen.

Die althergebrachte Form der Unterstützung einer Partei, die Mitgliedschaft, steht bei dieser Aktion nicht im Vordergrund. Der SPD-Vorsitzende Heiko Müller: „Natürlich sind wir auch ständig auf der Suche nach Menschen, denen die Grundwerte unserer Partei Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität so wichtig sind, dass sie Mitglied der SPD werden wollen. In einer Großgemeinde wie Ulrichstein geht es aber in erster Linie um Sachthemen. Um an denen mitzuarbeiten, braucht man kein Parteibuch.“

Müller abschließend: „Uns macht Politik Spaß! Auch in schwierigen Zeiten wie diesen lässt sich eine Menge bewegen.“

Es ist ein ganz anderes Gefühl von Lebensqualität, unmittelbar beteiligt zu sein und nicht immer alles nur aus der Zeitung zu erfahren.

Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche in der Großgemeinde Ulrichstein

Welche Freizeitangebote gibt es in Ulrichstein eigentlich für Kinder und Jugendliche? Da gibt es doch irgendwo... oder nein war da nicht...????? Wer weiß schon so genau was eigentlich in anderen Stadtteilen alles angeboten wird?

Der SPD-Ortsverein möchte versuchen ein Informationsblatt mit neutralem Erscheinungsbild aufzulegen mit dem sich interessierte (Neu-)Bürgerinnen und Bürger

einen Überblick der vorhandenen Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche schaffen können.

Wir haben in den vergangenen Wochen Vereine angeschrieben und angesprochen, von denen wir annehmen, dass sie Kinder und Jugendarbeit betreiben und sie gebeten, einen Fragebogen auszufüllen.

Eine Vielzahl an Rückmeldungen liegen uns bereits vor. Unser Ziel

ist aber eine nahezu lückenlose Übersicht von Freizeitangeboten für die Kinder und Jugendlichen.

Daher möchten wir Vereine und Organisationen nochmal auf diesem Weg auf unseren Fragebogen hinweisen und bitten an unserer Aktion teilzunehmen.

Kontakt:

Torsten Jost
Neuer Weg 7, 35327 Ulrichstein
Tel.-Nr. 06645/918854

Gerechte Politik für die Menschen auf dem Land SPD fordert „Neuen Hessenplan“

Der ländliche Raum in Hessen braucht nach Ansicht der SPD mehr Hilfe von der Landespolitik. Denn auf dem Land gehen Fachärzte verloren, und es fehlt an schnellen Internetverbindungen und ausreichenden Bus- und Bahnangeboten. Erforderlich sei, so der hessische SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel, ein neuer Hessenplan. Mit ihrem Konzept „HESSENGERECHT: den ländlichen Raum gestalten!“ schließt die SPD an den „großen Hessenplan“ des früheren Ministerpräsidenten Georg August Zinn (SPD) an, der 1965 ein umfassendes Entwicklungsprogramm für das Land vorgelegt hatte.

Nach Schäfer-Gümbels Ansicht konzentriert sich die gegenwärtige Landespolitik zu sehr auf die Ballungsräume – insbesondere auf das Rhein-Main- Gebiet. Dabei lebe jeder zweite Hesse nicht im Ballungsraum, sondern auf dem Land. Für sie will die SPD-Fraktion im Landtag mehr Fördermittel. Ländliche Räume benötigen verlässliche Rahmenbedingungen, „um den Herausforderungen der demografischen Entwicklung zu begegnen“, sagte Schäfer-Gümbel. Immerhin leben 54 Prozent der Bevölkerung heute im sogenannten ländlichen Raum. Darunter versteht die SPD sämtliche Gebiete außerhalb der Großstädte Frankfurt am Main, Darmstadt, Wiesbaden und Kassel, aber auch außerhalb großer Städte wie Gießen und Marburg. „Die Mehrheit der Hessen lebt ländlich. Und die Menschen leben gerne dort.“ Ziel der Sozialdemokraten sei, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen zu schaffen. Deshalb wollen sie das Dorferneuerungsprogramm nicht nur beibehalten, sondern auch ausbauen.

Mittels leistungsfähiger Breitbandversorgung könnten größere räumliche Entfernungen kompensiert werden. „Breitbandversorgung muss als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge aufgefasst werden“, fordert der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Siebel. Entsprechend sei die Hessische Gemeindeordnung anzupassen.



Um gleiche Bildungschancen für Kinder und Jugendliche in Stadt und Land zu gewährleisten, stehen individuelle Förderung und Integration statt Auslese im Mittelpunkt sozialdemokratischer Bildungspolitik. „Für den ländlichen Raum liegt der Schlüssel zur Erfüllung dieser Ziele in integrativen Schulsystemen, die möglichst wohnortnah bestmögliche Bildungsangebote vorhalten“, betont die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Heike Habermann.

Aufgrund des demografischen Wandels werde der Bedarf an medizinischen und pflegerischen Leistungen sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich im ländlichen Raum ansteigen. „Es ist eine Selbstverständlichkeit, die medizinische Grundversorgung auch auf dem Land zu gewährleisten“, sagt der Mediziner Dr. Thomas Spies. Spies war im vergangenen Jahr Gast beim 2. Politischen Stammtisch der Ulrichsteiner SPD, der sich

mit der ärztlichen Versorgung auf dem Land beschäftigt.

Aber auch die Frage der Energie- wende stelle sich für den ländlichen Raum, der über hohe Potenziale an Wind, Wasser, Sonne, Biomasse und Erdwärme zur Umsteuerung hin zu erneuerbaren Energien verfüge. „Die Wertschöpfung muss in der Region bleiben, damit schafft man neue und sichere Arbeitsplätze, gerade im Handwerk und Dienstleistungsbereich“, zeigt sich der umweltpolitische Sprecher und Vogelsberger Landtagsabgeordnete Manfred Görig überzeugt.

Ein weiteres Problem sei die Abwanderung von qualifizierten Fachkräften in Ballungsräume. Deshalb seien Arbeitsplätze in öffentlichen Unternehmen, Kommunalverwaltungen und der Landesverwaltung auch im ländlichen Raum wichtig. „Die Wirtschaft in den ländlichen Räumen in Hessen ist vielfältig und durch das unternehmerische Engagement vor allem kleinerer und mittlerer Unternehmen geprägt“, so Schäfer-Gümbel. Deshalb werden sich die hessischen Sozialdemokraten für eine gezielte Förderungspolitik der Wirtschaft im ländlichen Raum und einer Gründungsoffensive auf dem Land einsetzen.

Das Positionspapier steht als PDF-Datei auf der Website www.spd-fraktion-hessen.de zum Download zur Verfügung oder kann in Papierform beim Ortsverein Ulrichstein angefordert werden.

Wenn schon Volkszählung, dann NICHT zu Lasten der Kommunen!

Das Jahr 2011 ist nicht nur das Jahr der hessischen Kommunalwahlen, sondern auch das Jahr einer bundesweiten Volkszählung. Diese heißt aber nicht Volkszählung, sondern wird „Zensus“ genannt. Die praktische Ausführung des Zensus überträgt das Land den Kommunen

und will diese auch an den Kosten beteiligen. Die SPD besteht auf Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Die CDU/FDP-Landesregierung sieht in dem so genannten „Zensus-Gesetz“ keine 100-ige Kostenerstattung für die Kommunen vor. Daher hat die SPD-Landtagsfraktion einen

Änderungsantrag zum „Zensusgesetz 2011“ gestellt, in dem eindeutig formuliert ist, dass Mehrbelastungen, die mit der Durchführung dieses Gesetzes verbunden sind, vom Land zu 100% ausgeglichen werden. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt!

Handlungsbedarf beim verkürzten gymnasialen Bildungsgang. Diskussion auch an der Gesamtschule in Schotten

Landesweit ist festzustellen, dass sich die Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges in der Sekundarstufe I unter G8 nicht bewährt hat. Aus diesem Grund fordern hessische Eltern und Schüler zu Recht die Rückführung der Sekundarstufe I zu einer sechsjährigen Schulzeit. Eine entsprechende Diskussion findet seit mehreren Wochen auch an der Schottener Gesamtschule statt.

Eine Neugestaltung der Sekundarstufe II mit dem Ziel, die allgemeine Hochschulreife nach zwei als auch nach drei Jahren erreichen zu können ist aus stichhaltigen Gründen das bessere Konzept.

Aktuelle formale Probleme, wie der fehlende Mittlere Abschluss nach Klasse 9 für Schüler/innen, die mit dem Ende der verkürzten Sekundarstufe I den gymnasialen Bildungsgang verlassen, sowie die fehlende Übernahme der Schülerbeförderungskosten im 10. Schuljahr, wären so beseitigt. Unzumutbar ist die jetzige Situation: Derzeit ist der Mittlere Abschluss in Hessen grundsätzlich erst nach zehn Schuljahren möglich. Noch immer ist es nicht gelungen, für Schülerinnen und Schüler, die mit dem Ende der Sekundarstufe I nach der Klasse

9 den gymnasialen Bildungsgang verlassen, den mittleren Abschluss anzuerkennen. Ein Erreichen des Mittleren Abschlusses ist in Hessen erst nach zehn Schuljahren möglich. Infolge der abweichenden Konzeption einer Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges in den anderen Bundesländern ist in absehbarer Zeit auch keine angemessene Lösung des hessischen Problems auf der Ebene der Kultusministerkonferenz zu erwarten.

Die Lernbelastung für Schülerinnen und Schüler ist trotz der Kürzung der Lehrpläne noch immer sehr hoch und führt zu großem Stress, auch innerhalb der Familie. Die Lerninhalte können nicht in angemessener Weise vertieft und gefestigt werden. Ein geringerer Bildungserfolg, als eigentlich möglich, ist die Folge. Es ist auch nicht zu erwarten, dass die Einführung von Bildungsstandards zu einer grundlegenden Änderung dieser Situation führen wird. Dagegen besteht auf der Grundlage entwicklungsbiologischer Erkenntnisse die berechtigte Hoffnung, dass Schüler in der Sekundarstufe II ein deutlich verbessertes Rezeptions- und Arbeitsverhalten zeigen als während der Pubertät.

Zur verschlechterten Unterrichtsqualität, mangelnden Nachhaltigkeit des Lernerfolgs in Sekundarstufe I und unerträglichem Stress für alle Beteiligten im verkürzten gymnasialen Bildungsgang liegen in Hessen zahlreiche Erfahrungswerte und Rückmeldungen vor. Eltern und Schüler klagen über fehlendes Einüben wichtiger Inhalte. Die Kinder werden innerhalb kurzer Zeit mit Massen von Stoff konfrontiert, der nicht ausreichend im Gedächtnis verankert wird, aber eigentlich als Basis für spätere Lektionen dienen muss. Das Fundament der Schulbildung wird so geschwächt.

Die Ergebnisse der Schulinspektion sollten von unabhängigen Wissenschaftlern gezielt und objektiv auf Hinweise der Fehlentwicklung unter G8 durchgesehen werden. Erste Interpretationen im Zusammenhang mit den Schulinspektionen erhobenen aktuellen Daten könnten Rückschlüsse auf nachlassende Leistungen der Schüler der Sekundarstufe I z.B. bei Mathematikwettbewerben geben.

Impressum

Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Ortsverein Ulrichstein
1. Vorsitzender Heiko Müller
Marktstraße 8, 35327 Ulrichstein
Tel: 06645-780393
Mail: heiko@feldkruecken.de

Bundesregierung belastet Schwache um Vermögende und Spekulanten zu schonen

Kommentierung der Sparbeschlüsse der Bundesregierung

Frau Merkel hat Recht: „Die Handschrift der Koalition wird sichtbar.“ Nachdem sie über Monate nicht reagiert haben, zeigen sie nun ihr wahres Gesicht. Die Behauptung, Arbeitnehmer, Arbeitslose und Familien hätten über ihre Verhältnisse gelebt, ist eine Frechheit. Sie leisten seit vielen Jahren ihre Beiträge zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und der sozialen Sicherungssysteme. Wie weit der Vizekanzler von der Lebensrealität entfernt ist, zeigt sein gestriger Spruch: „Freibier für alle“ ging nicht.

Die Sparmaßnahmen haben eine gewaltige soziale Schieflage. Sie gehen vor allem auf das Konto der sozial Schwachen.

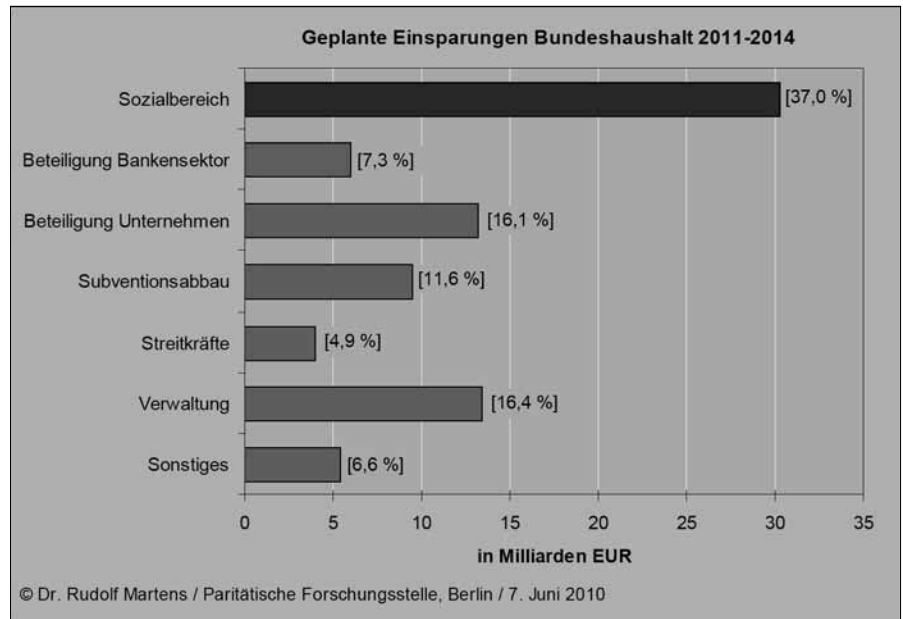
Darüber können auch Ankündigungen zur Finanztransaktionssteuer nicht hinwegtäuschen. Dies bleibt eben nur eine Ankündigung. Die begrüßenswerte Brennelementesteuer wird an die Laufzeitverlängerung für AKW's geknüpft, ein völlig falsches Signal für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Die wahren Verursacher der Krise werden nicht konkret belastet. Die Vermögenden werden nicht belastet, obwohl die obersten zehn Prozent zwei Drittel des Nettovermögens in diesem Land besitzen.

Die Bundesregierung mogelt sich am eigentlichen Kernerfordernis vorbei: Wir brauchen eine neue wirtschaftliche und soziale Ordnung für Deutschland und Europa. Das ist die Debatte, die wir jetzt führen müssen.

Intelligente Haushaltskonsolidierung ist notwendig. Hierfür sind zwei Wege notwendig:

1. Wir brauchen eine koordinierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die zur Stärkung der Konjunktur beiträgt und so zu mehr Beschäftigung, Steuereinnahmen und zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme führt. Deshalb brauchen wir gerade in der Krise eine Stärkung der Binnennachfrage und



eine Stärkung von Zukunftsinvestitionen.

Stattdessen werden Arbeitnehmer, Arbeitslose und Familien zusätzlich belastet. Dies würgt die Konjunktur zusätzlich ab und verschärft die Krise.

2. Es sind strukturelle Reformen nötig, um die aus den Fugen geratene Wirtschafts- und Sozialordnung wieder in ein vernünftiges Gleichgewicht zu bringen.

Unsere Alternativen liegen auf dem Tisch:

- Eine Finanztransaktionssteuer, mit der vor allem spekulative Börsengeschäfte besteuert würden: 14 bis 30 Milliarden Euro je nach Ausgestaltung.
- Die Rücknahme der Steuersenkungen für Hoteliers und Gutbetuchte: 5,6 Milliarden Euro.

- Eine gerechtere Besteuerung großer Vermögen: mindestens 10 Milliarden Euro.
- Ein höherer Spitzensteuersatz: bis zu sieben Milliarden Euro.
- Und: Schon ein flächendeckender Mindestlohn von 7,50 Euro würde den Staatshaushalt um 1,5 Milliarden Euro entlasten. Die Sozialversicherungen würden über vier Milliarden Euro Mehreinnahmen verbuchen.

Kurzkommentierung einzelner Maßnahmen:

Arbeitsförderung – Ermessensleistungen statt Pflichtleistungen

Gute Arbeitsförderung braucht Verlässlichkeit. Ermessensleistungen statt Pflichtleistungen bieten keine Verlässlichkeit. Kürzungen bei der Arbeitsförderung sind keine Verstärkung, sondern Sparen bei Zukunftschancen von Arbeitslosen.

Streichung des Zuschusses für Erwerbslose beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II.

Der Zuschuss soll Lebensleistung von Menschen berücksichtigen. Sie sollen eben nicht im Fall der Arbeitslosigkeit nach kurzer Zeit genauso gestellt werden, als hätten sie nie gearbeitet. Diese Maßnahme ist ein eklatanter Bruch mit dem Prinzip „Leistung muss sich lohnen“ und entwertet Lebensleistung.

Abschaffung des Rentenversicherungsbeitrags für Hartz-IV-Empfänger

Das ist ein Verschiebepbahnhof. Der Bundeshaushalt wird zu Lasten der gesetzlichen Rentenversicherung entlastet. Der Rentenanspruch, den Hartz-IV-Empfänger dadurch erhalten haben, ist zwar gering, aber nun entfällt für sie komplett der Erwerbsminderungsschutz.

Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger.

Die Abschaffung des Sockelbeitrages von 300 Euro für ALGII-

Empfänger trifft die Familien, die ohnehin am wenigsten haben und stellt sie gegenüber anderen Eltern schlechter, die vor der Geburt ihres Kindes ebenfalls nicht erwerbstätig waren.

Kürzung der Bemessungsgrundlage zur Berechnung des Elterngelds

Damit wird ein Kernprojekt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich gestutzt. Betroffen sind vor allem Normalverdiener.

Kopfpauschale durch die Hintertür Kassenbeitrag soll zudem von 14,9 auf 15,5 Prozent steigen

Als ein "System zum Abkassieren der gesetzlich Versicherten" ist die "Gesundheitsreform" der schwarz-gelben Regierung zu bezeichnen. Der ausgehandelte Kompromiss ist "eine Notoperation durch Herrn Rösler, bei der vor allem die Versicherten bluten müssen".

Die geplanten Zusatzbeiträge sind nichts anderes als eine "Kopfpauschale durch die Hintertür". Scharf zu verurteilen ist zudem, dass alle Leistungs- und Kostensteigerungen künftig nur noch von den gesetzlich Versicherten getragen werden sollen, während der Arbeitgeberbeitrag eingefroren wird. Ein solidarisches Gesundheitswesen ist nach unserer Auffassung zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu finanzieren.

Die Verdopplung der Schwelle der Zumutbarkeit auf zwei Prozent des Einkommens, könne Rentner "hart treffen". Auch Geringverdiener und Langzeitarbeitslose wären überfordert. Gesundheitsminister Rösler ist vorzuwerfen, die eigentlichen Probleme nicht anzurühren. Der

Ärztemangel wird nicht aufgegriffen, der drängende Blick für die Prävention geht dem Minister völlig ab. Was die Regierung hier vorgelegt hat, ist nahezu ausschließlich ein System zum Abkassieren der gesetzlich Versicherten.

Am 06. Juli 2010 hatten CDU/CSU und FDP vereinbart, dass die Krankenkassen die Möglichkeit erhalten, den Zusatzbeitrag, der als Pauschale erhoben werden muss, völlig frei fest zu legen. Sowohl die von der SPD in der Großen Koalition durchgesetzte Belastungsgrenze von einem Prozent des Bruttoeinkommens als auch die Möglichkeit, die Pauschale prozentual zu erheben, entfallen. Damit ist der Zusatzbeitrag in eine Kopfpauschale umgebaut worden.

Schwarz-Gelb plant zudem, neben der Erhöhung der Zusatzbeiträge die über 50 Millionen gesetzlich Versicherten durch die Steigerung des Krankenkassenbeitrags von 14,9 auf 15,5 Prozent zu belasten.

Die große Nettolüge, die Kopfpauschale durch die Hintertür,

ein unbrauchbarer Sozialausgleich und mehr Bürokratie. Nichts davon hilft uns weiter.

Das SPD-Konzept: Die Bürgerversicherung – Beste Versorgung für alle

Die SPD will die Bürgerversicherung: Alle sollen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung unseres Gesundheitswesens beitragen. Jeder zahlt Beiträge nach Höhe seines Gesamteinkommens, Wohlhabende können sich nicht mehr aus der Solidarität verabschieden. Denn es gilt: Die Beiträge steigen auch deshalb, weil immer weniger Menschen mit stagnierenden Einkommen für steigende Kosten aufkommen müssen. Wenn die hohen Einkommen über der Versicherungspflichtgrenze von 49.950 Euro in die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen würden, würden die normalen Kostensteigerungen gerechter auf alle verteilt. Mit der Bürgerversicherung verhindern wir eine Dreiklassen-Medizin und garantieren, dass auch in Zukunft alle am medizinischen Fortschritt teilhaben.